

Die staatsfinanzielle Lage.

Bericht des Staatssekretärs Dr. Steinwender.

Die Nationalversammlung hat gestern die Kreditvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. Staatssekretär für Finanzen Dr. Steinwender hielt aus diesem Anlaß ein Exposé, in welchem er die Einbringung von Vorlagen über die Vermögensabgabe und über eine Vermögenszuschlagsteuer sowie eines strengen Steuerfluchtgesetzes für die nächste Zeit ankündigte; die Vermögensabgabe werde allerdings dann ins Leben treten, wenn der Zeitpunkt hierfür gekommen sei. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß mit den anderen Nationalstaaten Fühlung genommen wurde und „daß wir sicher sind, daß die Vermögensabgabe auch in anderen Staaten eingeführt werden wird“. Zur Erklärung des Gesamtabganges von circa 1400 Millionen Kronen führte Dr. Steinwender unter anderem an, daß dabei angenommen wurde, daß der deutsch-österreichische Staat von den Gesamtzinsen der alten Staatsschuld ungefähr ein Drittel übernehme. Wie groß der Anteil sei, den der tschecho-slowakische Staat übernehme, lasse sich jetzt allerdings noch nicht sagen. Ueberaus eindringliche Worte fand der Staatssekretär für die absolute Notwendigkeit einer Sicherung der Kriegsanleihen, deren Charakter als Volksanleihen er hervorhob, an denen die breiten Massen beteiligt sind. Mit einem warmen Appell zur Beachtung auf die neue deutsch-österreichische Anleihe schloß der Staatssekretär seine Ausführungen.

Die Debatte wurde durch Berichterstatter Dr. Krafi mit einer Rede eingeleitet, in der er jagte, der finanzielle Stand sei ein recht schlechter, die Verarmung des Staates mache Fortschritte. „Es wird daher notwendig sein, daß wir unsere Betriebe wieder in den Stand setzen, zu arbeiten und Güter herzustellen, daß wir Industrie und Handel unterstützen, sonst werden wir die Steuern nicht aufbringen können. Das Element des finanziellen Haushaltes ist Ruhe und Sicherheit, Sicherheit des Eigentums, der Person, des Verkehrs. Ohne dieses Element wird sich ein gedeihliches volkswirtschaftliches Leben nicht entwickeln können. Die Steuern, die in der nächsten Zeit zur Vorlage kommen werden, werden gewiß von beträchtlicher Höhe sein. Sie bedeuten aber heute, wenn sie nicht allzu hoch sind, keinen Anlaß zur Beunruhigung, sondern eher ein Beruhigungsmittel für die Bevölkerung, weil alle wissen, daß der neue Staat gewillt ist, mit Ernst und Kraft den finanziellen Aufbau des Staates durchzuführen. Der gegenwärtige Stand der Einnahmen ist bei Berücksichtigung der Bevölkerungsziffer ungefähr 2000 Millionen Kronen, die Ausgaben betragen mit Berücksichtigung der Kriegsanleihen 3400 Millionen Kronen. Der Saldo von ungefähr 1400 Millionen Kronen erhöht sich natürlich durch verschiedene Ausgaben sozialer Art. Die Schuldzinsen der Kriegsanleihen müssen bezahlt werden. Es handelt sich nur um die Sicherungen, die getroffen werden müssen, daß nur jene Zinsbeträge gezahlt werden, die aus dem Budget auf uns entfallen. Die Tschecho-Slowaken haben vor kurzem erklärt, daß sie sich um die Einlösung der Zinsen bemühen werden, sie nehmen die Coupons der Kriegsanleihen entgegen. Dadurch wird für sie ein Ueberblick geschaffen, wieviel Kriegsanleihen ungefähr in ihrem Lande vorhanden sind. Es wird unsere Aufgabe sein, auch bei uns ein ähnliches Verfahren durchzuführen, und jedenfalls Vorfragen zu treffen, daß nur jene Schuldzinsen von unserem Staate bezahlt werden, die tatsächlich von uns zu leisten sind. Der vorliegende erste Vorschlag stellt gewissermaßen den ersten Versuch eines Schwerkranken vor.“

Defizit: 1400 Millionen Kronen.

Nachstehend das Exposé des Staatssekretärs Doktor Steinwender, der ausführte:

Der Berichterstatter hat Ihnen angegeben, daß ganz beiläufig für die laufende Periode ein Abgang von 1400 Millionen Kronen in Aussicht genommen ist, hat aber selbst hinzugefügt, daß dies nur eine Ziffer ist auf Grundlage der bis jetzt gegebenen Daten und mit der sicheren Voraussetzung, daß diese Ziffer sich ändern wird.

Die Ausgaben.

Von den Ausgaben sind viele Punkte berücksichtigt, welche es erklären, warum dieses Defizit immerhin beträchtlich ist. Es wurden berücksichtigt die Zinsen der Staatsschuld, aber auch nur beiläufig. Wir haben nämlich angenommen, daß wir von den Gesamtzinsen der alten Staatsschuld ungefähr ein Drittel übernehmen. Wieviel wir tatsächlich zu tragen haben werden, können wir noch nicht wissen. Es sind berücksichtigt Ausgaben, die das Ende des Krieges mit sich gebracht hat, also Fortsetzungen von außerordentlichen Ausgaben, die in der dauernden Gehörung nicht enthalten waren, wie namentlich Hilfe für Minderbemittelte, Beiträge zur Herabsetzung der Preise von Lebensmitteln, die Zulagen für die Angefallten, die Ausgaben für die Arbeitslosen, kurz und gut, wir haben eine Reihe von außerordentlichen Ausgaben, welche dieses Defizit erklären, aber leider sind nicht alle Ausgaben darin; denn diese steigern sich stets. Es steigern sich die Schuldzinsen, es steigern sich die Ausgaben militärischer Natur, namentlich auch für die heimgekehrten Militärpersonen. Es ist auch eine Post nicht enthalten, die sicher vom Hause bewilligt werden wird, das sind die Unterstützungen für die Lehrer. Wir werden also im ganzen ein größeres Defizit herausbekommen, als es sich gegenwärtig darstellt. Allerdings sind in der Darlegung, auf welche der Herr Berichterstatter hinwies, auch einige Eingangsnummern berücksichtigt, welche schon gegenwärtig, also, auch wenn es klarer wird, wenn wir an die Zwangung

Diesem Zustande gegenüber heißt es nun das langweilige Wort „Sparen“ wiederholen, und dabei muß man den Appell richten, sowohl an die verehrten Herren hier als auch an die Bevölkerungsschichten, deren Not und Elend wir ja kennen, und denen wir helfen wollen, nicht mehr von uns zu verlangen, als wir tatsächlich leisten können. Eingehende Ersparungen in der Verwaltung des Staates werden überhaupt diesen Riesensummen gegenüber keine Bedeutung haben und können erst dann vorgenommen werden, wenn wir mehr in Ordnung kommen.

Mehr Einnahmen.

Wir müssen also, wie ich schon angedeutet habe, mehr Einnahmen schaffen. Nur ist aber ganz gewiß, wie auch der Herr Berichterstatter gesagt hat, die Zeit für eine umfassende gründliche Reform unseres ganzen Steuerwesens noch nicht gekommen. Wir müssen uns begnügen, das Allernotwendigste und so viel wir in aller Eile leisten können, jetzt zu leisten; wir müssen eine gründliche und umfassende Steuerreform einer ruhigeren Zeit überlassen. Wir haben nun für die Gegenwart unmittelbar eine Reihe von Mehreinnahmen in Aussicht genommen. Wir wollen vor allem einmal die fälligen Steuern eintreiben und Sie werden in der nächsten Zeit eine Gesetzbildung vor sich haben mit Bestimmungen, durch welche die fälligen Steuern eingetrieben werden können. Das sind mehrere Hunderte von Millionen, die in kurzer Zeit hereingebracht werden, wenn wir Energie haben und nicht weicheiherzig sind, und wenn wir das Geld nehmen, wo es tatsächlich ist. Wir haben ferner eine Reihe von Steuern vorbereitet. Unter den indirekten Steuern haben wir nur die Steuer auf Getränke, also auf einen Teil des menschlichen Konsums, in welchem eine Entbehrung denn doch erträglich ist. Wir haben aber auch Einnahmen vorbereitet, die die Minderbemittelten treffen, das sind hohe Zuschläge auf die direkten Steuern und eine Reform der Erbschaften. Das ist alles vorbereitet und wir sind in der Lage, der Nationalversammlung diese Vorlagen bald zu unterbreiten. Es finden sich also indirekte Steuern nur auf Getränke und es finden sich gleichzeitig Belastungen der Mehrbemittelten, so daß sich das ungefähr ausgleichen dürfte. Wir beschäftigen uns jetzt auch, allerdings nicht so weit wie bei den genannten Zwecken, mit der Reform von Schenkungen.

Die großen Vermögen.

Es gibt noch eine Menge von Gebühren, welche eine Erhöhung betragen. Ich glaube aber, die Bevölkerung wird nur dann den Willen haben, höhere Leistungen zu übernehmen, wenn wir dorthin greifen, wo die großen Vermögen stehen (Zustimmung), und namentlich dorthin, wo die großen Vermögen neu entstanden sind. Neuerliche Zustimmung.) Wir werden daher in der nächsten Zeit die Vorlage einer Vermögensabgabe und einer Vermögenszuschlagsteuer, verbunden mit einem Steuerfluchtgesetz, einbringen. Darüber helfen uns keine Bedenken in bezug auf den Schutz der Produktion hinweg, wir müssen es einfach tun; denn wenn wir so starke Anforderungen an die Bevölkerung stellen, noch stärker, als ich hier angedeutet habe, so müssen wir offenbar auch das Vermögen treffen, und wir werden es tun. Zunächst wird eine Vorlage kommen, welche die grundsätzlichen Bestimmungen enthält, während die Ausführung der Verzinsung überlassen bleibt. Die Vermögensabgabe wird also erst dann ins Leben treten, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen ist. Zunächst müssen wir aber die Grundsätze festlegen, und dann bin ich vollständig überzeugt, daß die anderen Nationalstaaten unserem Beispiel sehr gerne folgen werden. Und die Anstrebe: in Ungarn geschieht dies nicht und in Böhmen geschieht dies nicht, wird vollständig wegfallen. Seien Sie versichert, daß, wenn irgend einer von den Nationalstaaten anfängt, die anderen froh sein werden, nachzukommen. Ich kann wohl auch erwähnen, daß Fühlung genommen worden ist und daß wir sicher sind, daß die Vermögensabgabe auch in anderen Staaten eingeführt werden wird. Wir haben also gar keine Anstrebe. Zunächst muß vor allem anderen ein Steuerfluchtgesetz kommen, welches so energische Bestimmungen enthält, daß altliberale Leute darüber einigermaßen betroffen sein werden (Heiterkeit), das aber die strengste Notwendigkeit für sich hat. Denn wir stellen uns vor, daß derjenige, der den Staat und seine ärmeren Mitbürger im Stich läßt, eben den Staat betrügt und als Betrüger zu behandeln ist. (Lebhafter Beifall.)

Die neue Anleihe.

Jedenfalls werden alle Bemühungen, sei es in der Vermeidung von solchen Ausgaben, die vermieden werden können und werden, sei es auch in der Einführung neuer Steuern, über die momentanen Schwierigkeiten nicht hinwegzusehen, wir sind also gezwungen, eine Anleihe zu machen. Diese Anleihe, zu deren Ausgabe die Ermächtigung erbeten wird, wird einen Teilbetrag von jenen 2000 Millionen umfassen, für welche die Bewilligung hier angesprochen wird. Wie viel die Bevölkerung zeichnen wird, wissen wir nicht, aber wir hoffen tatsächlich auf einen guten Erfolg. Die Anleihe wird eine vierprozentige sein, rückzahlbar in zweieinhalb Jahren, zu einem Kurse bei Barzahlung von 97. Sie ist also tatsächlich, wenn man es ausrechnet, eine fünfprozentige Anleihe, immerhin ein Vorzug gegenüber den Kriegsanleihen, welche ja mit rund sechs-einhalb Prozent verzinslich waren. Wir kommen daher netto auf eine fünfprozentige Anleihe und wollen sie dann in der nächsten Zeit schon tilgen, wozu also die Mittel, die wir erschließen werden, uns die Möglichkeit geben werden. Wir werden aber auch die Bestimmung aufnehmen, daß ein Viertel der Rate in Kriegs-anleihe entrichtet werden kann. Dann allerdings beträgt der Kurs nicht 97, sondern 99. Dadurch stärken wir auch das Vertrauen der Bevölkerung auf die Kriegsanleihe selbst. Auch kommt eine Vorlage, nach welcher diese neue Anleihe als Teilzahlung für die künftige Vermögensabgabe verwendet werden kann. Also wir bezweifeln an der Zukunft der Kriegsanleihe nicht, wir sind überzeugt, daß wir hiermit dem Verlangen der Bevölkerung und ihrem Bedürfnisse entsprechen. An der Kriegsanleihe beteiligt sind viel weniger die Großkapitalisten, es sind vielmehr die breiten Massen: es sind Hunderttausende von Einzelpersonen, welche Kriegsanleihe gezeichnet haben, es sind ferner alle Spar- und Vorsparungen daran beteiligt; es würden also viele Hunderttausende mit ihren ganzen Ersparnissen ruiniert werden, wenn die Kriegsanleihe nicht gehalten würde.

Für die Kriegsanleihen.

Der Herr Berichterstatter hat nun gesagt, daß sich auch die Tschechen prinzipiell bereit erklären, einen Teil der alten Schuld zu übernehmen — wie viel, das können wir heute noch nicht wissen. (Auf: Das ist sehr traurig!) Aber es ist immerhin besser, wenn diese Erklärung vorliegt, als wenn wir Meinungen hören würden, daß sie irgend ein Teil des alten Staates damit nicht abgeben würde.

Ich glaube, daß die Anleihe gelingen wird. Gelingt sie, dann sind wir über die nächste schwierige Zeit tatsächlich hinausgekommen. Dann haben wir aber auch das Vertrauen der Bevölkerung wieder erworben und haben unsere Kriegsanleihe und damit die Existenz und den Wohlstand von Hunderttausenden von gesetzlich Gehaltenden sich die Bevölkerung an der Anleihe stark beteiligen. Es müssen die Herren, die hier versammelt sind, auch das Ihrige dazu beitragen, um eine entsprechende Agitation dafür zu entfachen. Es ist doch ein Unterschied zwischen der alten Kriegsanleihe und der ersten deutsch-österreichischen Schuld. Diese erste Schuld, die der deutsch-österreichische Staat machte, hat die Gewächse der Sicherheit in einem

Staate, nicht fällen, echt-inanz-rnisse: Auf: jeder gel. fehn. rden ist vor Pflicht die be- es in it dem is, und uch die Ord- ante erbrings ine ge- Volkes usehen. rität Dann igstens aion nd zu deifall.)